

Die Westberliner Universitäten und der „Berlinismus“ der westdeutschen Militaristen

Eine Dokumentation

„Jeder westdeutsche Student einmal nach Berlin!“ fordern westdeutsche Staatsmänner, Repräsentanten revanchistischer Vereine und reaktionärer Studentenverbände seit dem 13. August 1961, besonders aber in den letzten Monaten. Nicht deshalb rufen sie dazu auf, an den Westberliner Universitäten zu studieren, weil hier vielleicht etwas bessere Ausbildungsbedingungen wären als an den bis zum Beratern überfüllten, Räume, Studentenunterkünfte und Lehrkräfte entbehrenden westdeutschen Hochschulen. Dem sei — wie wir noch sehen werden — durchaus nicht so, im Gegenteil.

Man macht aber auch gar kein Hehl daraus, daß es nicht ums Studieren, nicht um gründliche wissenschaftliche Ausbildung geht. Ganz offen spricht beispielsweise die „Frankfurter Allgemeine“ von „politischen Absichten“. Was sind das für Absichten?

Berlin — das neue Banner der Revanchisten

„Gegenwärtig wird immer deutlicher, daß sich die westdeutschen Militaristen ein neues Banner geben, mit dem sie die Menschen in Westdeutschland chauvinistisch vergiften und ihre Verbündeten in einen Krieg hineinziehen wollen. Das Banner heißt Berlin, und die Hetze gegen die ‚Mauer‘ ist der alte Chauvinismus in neuem Gewand“, schreibt das „Neue Deutschland“ im Leitartikel vom 15. Juli 1962.

Was Danzig vor dem zweiten Weltkrieg war, der Ort, an dem die deutschen Militaristen anheulten, um das aufgestapelte Pulver zur Explosion zu bringen, das soll nach ihrem Willen heute Westberlin sein. Deshalb auch die künstlich hochgeschraubte Konjunktur von Studienbewerbern an den beiden Westberliner Universitäten, von der zu sagen FU-Rektor Prof. Heinitz sich verpflichtet fühlt, daß sie von seiten der Universität nicht angeregt oder gefördert werden ist.

MARGINALIEN

„Tolle Biene“

Der schwedische Pfarrer Eric Grönlund hat das Markus-Evangelium modernisiert, da er die übliche Version „langweilig und unverständlich“ fand, berichtet die amerikanische Nachrichtenagentur UPI. In der Bearbeitung befinden sich unter anderem folgende Passagen: „Was für eine tolle Biene! Was für Kurven!“ meint König Herodes bewundernd, als seine Stiefsohner Salome vor ihm tanzt. Weitere Sätze aus dem „neuen“ Evangelium sind: „Da ging Jesus die Gasse über Halt's Moul, rief er, und zeh Leine.“

Ein Pfarrer schuf die tolle „Schaffe“, hier preist der „freie Westen“ sein Gesicht. Herkules war ein schauer Ape, denn anders liest man dort die Bibel nicht.

Kunststudenten dürfen betteln

Die „Großmut“ des Bezirksamtes Steglitz erlaubt Westberliner Kunststudenten ungestraft das Betteln auf der Straße. An der belebten Ecke Schloß- und Treitschkestraße hat der CDU-Baustadtrat zwei Kunststudenten gestattet, mit farbiger Kreide Matienbilder und Harlekin auf die Platten des Bürgersteiges zu malen. „Für das Studium“ steht mit Kreide geschrieben neben einem Zigarrenkistchen, das sich im Laufe des Nachmittags mit Füll- und Zehnpennig-Stücken von Straßenpassanten für die notleidenden Künstler füllen soll. Die abgerissene Kleidung und die abgemagerten Gesichter der beiden Kunststudenten zeigen, daß es sich nicht um Snobismus von Bohemiens handelt, sondern daß die nackte Not zu dieser „künstlerischen Betätigung“ zwingt.

Im Westen geht die Kunst nach Brot und sei es auf dem Straßengraben, wer bettelt, leidet wirklich Not und kriegt nichts vom Atomkriegsaster.

Zensur der Vorträge des SDS, aber Freiheit für Schlamm

III Karlsruhe verbietet Studenten Diskussion über außenpolitische Themen

Die in Düsseldorf erscheinende „Deutsche Volkszeitung“ veröffentlichte kürzlich einen offenen Brief, den die Gruppe Karlsruhe des westdeutschen Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) an die Presse der Bundesrepublik geschickt hatte, mit der Bitte, ihn zu veröffentlichen. Allerdings kam die dem Bonner System hürge Presse der Bitte nicht nach. In dem offenen Brief heißt es u. a.:

Da die Technische Hochschule Karlsruhe dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund Gruppe Karlsruhe mehrfach die Genehmigung eines Plakates bzw. eines Vortrags von der Entscheidung des Senats abhängig machte, reichte der SDS dem Senat mehrere geplante Vorträge zur Genehmigung ein. Unter anderem waren ein

Vortrag des II. Botschaftssekretärs der kubanischen Botschaft, Alfonso Iglesias, über „das neue Kuba“ geplant und ein Vortrag über Algerien von einem SDS-Mitglied. Die Hochschule gab daraufhin dem SDS ohne weitere Begründung folgende Erklärung: „Hinsichtlich der vorgesehenen Vorträge mit außenpolitischen Themen (Kuba, Algerien) sollte im Semester nur eine solche Veranstaltung stattfinden. Dem Redner ist zur Auflage zu machen, daß er sein Manuskript etwa drei Wochen zuvor einreicht und die Erklärung abgibt, sich bei seinem Vortrag ohne weitere Zusätze an den vorgelegten Text zu halten. Die Vorträge mit außenpolitischen Themen sind ohne Diskussion durchzuführen; eine Plakatierung für diese Vortragsveranstaltungen wird nur im Hochschulbereich zugelassen.“

Solche Bedingungen hatte die Hochschule bisher noch keiner Hochschulgruppe gestellt. So hatte die Hochschule bei einem Vortrag des Herrn Schlamm nur zur Bedingung gemacht, daß außerhalb der Hochschule nicht geworben werden darf.

Eine revanchistische Losung - ein akademisches Chaos

Mehr Studenten nach Berlin

Pressegespräch mit Senator Tiburtius

„Rund 7500 Studenten aus der Bundesrepublik studieren im nächsten Semester in Berlin, wir müssen Platz für noch mehr schaffen.“ Dies stellte Volksbildungsminister Tiburtius am Mittwoch während eines Gesprächs mit Journalisten in der Akademie der Künste fest. Tiburtius setzte sich dafür ein, den Westber-

liner Studenten mehr Stipendien für ein Studium im Bundesgebiet anzubieten, auch wenn das den zur Zeit geltenden Stipendienbedingungen widerspricht, um so an den Berliner Universitäten den erforderlichen Raum zu schaffen.

„Rund 7500 Studenten aus der Bundesrepublik studieren im nächsten Semester in Berlin, wir müssen Platz für noch mehr schaffen.“ Dies stellte Volksbildungsminister Tiburtius am Mittwoch während eines Gesprächs mit Journalisten in der Akademie der Künste fest. Tiburtius setzte sich dafür ein, den Westber-

liner Studenten mehr Stipendien für ein Studium im Bundesgebiet anzubieten, auch wenn das den zur Zeit geltenden Stipendienbedingungen widerspricht, um so an den Berliner Universitäten den erforderlichen Raum zu schaffen.

Keiner soll ins Ausland fahren, ohne vorher in der Frontstadt gewesen zu sein

Doch man begnüge sich nicht damit, so viel Studenten wie möglich an der „Freien“ und der Technischen Universität zu immatrikulieren. FDP-Mende träumt von einer „Weltuniversität“ in Westberlin, die eine „aktive Ostpolitik“ betreiben soll. Und wie der Bonner Minister Lemmer, Schirmherr der Revanchisten, vor einiger Zeit in Westberlin mitteilte, werde unter den westdeutschen Studenten, die in diesem und im nächsten Jahr ins Ausland fahren, keiner sein, der nicht mindestens vierzehn Tage in Westberlin war.

Auch das „Akademische Auslandsamt“ zieht für die achtundvierzig Stipendiaten aus der Bundesrepublik, die jährlich im Ausland studieren, die Schlußfolgerung, sie müßten vorher eine Woche nach Westberlin geschickt werden. Und zwar folgen sie das aus der Tatsache, daß diese sich bisher nicht ihrer „kulturellen Mission“ bewußt waren, im Ausland die Fahne der Militaristen namens „Berlin“ aufzuführen und hochzuhalten. Allzu oft hönnten sie nicht recht darauf antworten, was es denn eigentlich mit Berlin auf sich habe. Nun also sollen sie sich in der verpesteten Frontstadtatmosphäre infizieren und in der halben Welt den vielerorts schon klaren Blick für die wahren Verhältnisse trüben, sollen Reklame machen für Brandts Politik des „letzten Risikos“. Man hat schon ausgerechnet, daß das ganze Unternehmen außer den Fahrtkosten, die jeder Student selbst bezahlen soll, und den Verwaltungskosten 188 000 D-Mark erfordert.

200 000 D-Mark für diejenigen, die Platz machen

Für das sogenannte Gegenunternehmen wurden schon bereitwillig 200 000 D-Mark zur Verfügung gestellt. „Eine sehr gute Einrichtung“, schreibt die „Frankfurter Allgemeine“, „hat sich der Volksbildungsminister einfallen lassen, ohne sie allerdings bisher angemessen zu propagieren. Man hat Mittel, zunächst 200 000 Mark, bereitgestellt, mit denen diejenigen Berliner Studenten unterstützt werden sollen, die sich entschließen, für ein oder zwei Semester in Westdeutschland zu studieren.“

Und Westberlins „Kultur“senator Tiburtius empfindet keine Skrupel bei der Auf-

forderung, sich dabei über die bestehenden Stipendienverordnungen hinwegzusetzen, um die in Westberlin wohnenden Studierenden nach Westdeutschland abzuschieben und so Platz zu bekommen für „Burschenschaftler und Verbände“, wie eine Westberliner Zeitung gesteht.

So kam es auch, daß viele Westberliner Abiturienten, die sich in diesem Frühjahr an einer der beiden Westberliner Universitäten beworben hatten, ablehnende Bescheide erhielten. Die Auswahl der Bewerber erfolgte nach der fachlichen Eignung unter Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte, stand in dem Schreiben, in Wirklichkeit aber erfolgte die von Bonn gesteuerte Zusammenfassung der Studentenschaft einzig nach dem Gesichtspunkt schmutziger Politik.

Eine ganz und gar nicht freie Universität

Doch die mangelnde Bereitschaft der Westberliner Jugendlichen, ein Studium in Westdeutschland aufzunehmen (viel mehr als hundert fanden sich nicht, und fürs Wintersemester melden sich die übrigen wieder) sollte sich nicht als das schlimmste Übel erweisen, sondern der größte Katzenjammer folgte den Bonner Fanfarenstößen zum Sturm auf die „Freie“ Universität nach Beginn des Sommersemesters; denn da zeigte sich deutlich denn je zuvor, daß diese ganze Aktion nichts als politischer Rummel war; die „Freie“ Universität war nämlich gar nicht mehr frei, sondern über und über besetzt.

Appelle anderer Art

Und so folgten dem Appell, ein sogenanntes „patriotisches Semester“ in Westberlin zu absolvieren, folgten den Schlagzeilen „Mehr Studenten nach Berlin!“ bald Appelle anderer Art, hilflos und voller Nervosität:

„Die Studentenschaft der Vorläuferin der Universität, repräsentiert durch ihre Vollversammlung, richtet an alle dafür zuständigen Stellen den dringenden Appell, mindestens die Praktikumsräume der neuen Physiologischen und Physiologisch-Chemischen Institute bis zum Oktober dieses Jahres so fertigzustellen, daß beide Praktika mit Beginn des Wintersemesters 1962/63 dort abgehalten werden können. Auf diesen Termin hin sind alle Zulassungen bisher ausgesprochen worden. Wird

er nicht eingehalten, können etwa 300 Studenten ihre Praktika nicht rechtzeitig absolvieren.“

„Einen dringenden Hilferuf richtet der Studentische Zimmervermittlungsdienst der Technischen Universität an die Berliner Bevölkerung: 300 westdeutsche und ausländische Studenten haben zu Beginn des Sommersemesters immer noch kein Quartier. Täglich kommen 30 Anfragen, aber nur fünf Zimmer werden angeboten. Auch die Freie Universität hat große Sorgen, die Austauschstudenten aus dem Bundesgebiet unterzubringen.“

Kein Wunder: Der westdeutsche Wissenschaftsrat hatte für die „Freie Universität“ eine Studentenzahl von 10 000 empfohlen, es waren aber jetzt 14 000 immatrikuliert.

Zimmerpreise klettern um 25 Prozent

Und so kam es, daß die Preise für Studentenzimmer spontan um 25 Prozent in die Höhe kletterten, daß Studenten auf den Fensterbrettern und den Stufen der Katheder in den Hörsälen saßen, historische Seminararbeiten auf Treppentufen geschrieben wurden und in den Institutsbibliotheken Studenten sich oft bestimmte Lehrbücher an unzugänglichen Stellen versteckten, weil diese Bücher nicht mehr ausreichten.

„Die Freie Universität ist hoffnungslos überfüllt. Sie kann deshalb ihren Aufgaben — Lehre und Forschung — nicht mehr voll nachkommen.“ Zu dieser Feststellung sah sich der Konvent der Universität gezwungen.

„Touristen-Universität“

Dem Rektor der Universität, Prof. Heinitz, aber, dem es um eine ordnungsgemäße Ausbildung geht, die unter den jetzigen Umständen völlig ausgeschlossen ist („Touristen-Universität“ sagte er zu diesem Betrieb und: „Jeder Westdeutsche einmal in Berlin. Das ist es, was uns so viel Sorge bereitet“), wirft man nicht genügend Weiblich und mangelndes politisches Verständnis vor.

Um von dem Chaos abzulenken, haben offizielle Westberliner Stellen flugs das Stichwort „dritte Universität“ in die Debatte geworfen, bisher damit aber nichts als Gelächter und Verärgerung gerntet. („Ich halte nun einmal nichts von utopischen Luftprojekten, solange das Nächstliegende noch nicht getan ist“, äußerte der Rektor der FU.)

Die Wissenschaft ist überrollt

Angesichts des Flakos sprechen einige Westberliner Zeitungen jetzt davon, man müsse zu einem guten Kompromiß zwischen der Konzeption der Universität und den politischen Notwendigkeiten finden. Tatsache aber ist: Die Bonner revanchistische Politik hat die Belange der Wissenschaft an den Westberliner Universitäten glattweg überrollt. Und die revanchistische Aktion „Jeder westdeutsche Student einmal nach Berlin!“ zeigt: Der Karren der westdeutschen Militaristen ist in Westberlin unwiderruflich festgefahren, da sie sich schon selbst im Gestrüpp ihrer eigenen chaotischen Wirtschaft verfangen. Günter Lippold

Studenten in Nöten

TU sucht Zimmer für Westdeutsche

Universität ist überfüllt

Ernst Mahnung der Studentenvertretung

Zustände in der FU-Mensa werden noch katastrophaler

Kein Ausbau in diesem Semester

Entschließung der FU-Studenten

Es fehlt an Räumen für das Praktikum

Studentenbuden über Nacht teurer

FU und TU beklagen Spekulation mit Zimmerpreisen

Bedenklicher Zustand in der FU

4400 Studenten zuviel?

Kultusminister unterbindet Auseinandersetzung mit faschistischer Vergangenheit

Die Vertiefung einer Broschüre über die „Wurzeln faschistischen und nationalistischen Denkens“ hat der Kultusminister von Rheinland-Pfalz, Dr. Orth (CDU), unterbunden. Er machte sich damit, wie die Westberliner Zeitschrift „Die Mahnung“ bemerkt, zum „widerholten Male zum unbefundenen Zensur der öffentlichen Meinungsbildung“. Die vom hessischen Generalstaatsanwalt, Dr. Bauer, herausgegebene Broschüre war vom Jugendring in Rheinland-Pfalz als Diskussionsgrundlage für die Oberstufen von Berufs-, Mittel- und Oberschulen kostenlos angeboten worden.

Der CDU-Minister hält die Broschüre offenbar deshalb für gefährlich, weil hier zum Thema der geistigen und ökonomischen Hintergründe der braunen Barbarei ein lieb- und stichfester Diskussionsbeitrag geliefert wurde“, urteilt die Zeitschrift. Geistig reiferen Schülern sollte „wohl notwendiges Wissen“ enthalten werden, das geeignet gewesen wäre, gewisse Parallelen zu unserer bundesdeutschen Wirklichkeit aufzuzeigen“. Statt die Jungen Menschen in Westdeutschland an die frühestmögliche Auseinandersetzung mit dem Faschismus heranzuführen, versuche man sie für die „gefährlichen Praktiken des kalten Krieges zu gewinnen“.

Bezeichnend ist, daß der Autor der genannten Broschüre, Dr. Bauer, wie wir in anderem Zusammenhang bereits erwähnt, nach seiner Wahl zum hessischen Generalstaatsanwalt im Jahre 1957 heftigen Angriffen von seiten des faschistischen Militärrechtlers Prof. Schwinge — noch immer Dekan in Marburg — ausgesetzt war, der Dr. Bauer wegen seiner demokratischen Gesinnung und antifaschistischen Rechtspraxis verleumdete.

fakten

Nur 3,3 Prozent erreichten Abitur

Eine Untersuchung der Hochschule für internationale pädagogische Forschung (Frankfurt am Main) über den Schulbesuch in der Bundesrepublik hat ergeben, daß in Hessen nur 6,4 Prozent und in Rheinland-Pfalz nur 3,3 Prozent der Schüler eines Jahrganges zum Abitur gelangen. In anderen westdeutschen Ländern sind die Abiturientenzahlen ähnlich niedrig. Die Unterschiede liegen nach den Angaben der Untersuchung nicht in der Begabung begründet, sondern im rückständigen Schulsystem in Westdeutschland. In der Sowjetunion erreichen zur Zeit mindestens 20 Prozent der Schüler eines Jahrganges Hochschulreife.

Studentinnen als „deutsche Fräulein“ nach Italien vermittelt

„Unsere Gesellschaft sucht für die Sommermonate Juli, August und September 1962 noch deutsche Fräulein, gut aussehend“, dieses Angebot für einen „Ferienjob“, hängt neben anderen entwürdigenden Angeboten im Haug der Arbeitsvermittlung für Studenten an der Dalmatiner Universität „Heinselmannchen“ aus. Die Westberliner Studentinnen, die sich als „deutsche Fräulein“ nach Italien vermitteln lassen, sollen den Gästen des Gastronomie-Unternehmens Domenico Gontoli in Bologna als „Reisebegleiterinnen“ und „Kreierinnen“ dienen. Das Unternehmen empfiehlt diese zweifelhafte „Arbeit“ als „leicht und angenehm“ und weist darauf hin, daß die Mädchen an einen nicht näher bezeichneten „neuen Ferienort in Sardinien“ gebracht werden.

Studenten und Schüler streikten in Uruguay

70 000 Studenten und Schüler streikten in Uruguay aus Protest gegen die Terrorakte faschistischer Banden, denen alle in zwei Wochen mehr als zehn Menschen zum Opfer fielen. An einigen Lehranstalten dauert der Streik an. An der Universität Montevideo fand eine zweitägige Studentenkonferenz zum Schutze der demokratischen Freiheiten und gegen den Faschismus statt.

Kuba lernt weiter

700 000 ehemalige Analphabeten, die im „Jahr der Erziehung“ 1961 lesen und schreiben lernten, bilden sich heute in Kuba im Abendkursen weiter, um das Wissen der sechsten Klasse zu erreichen. Dies geht aus einer vom Erziehungsministerium veröffentlichten Statistik hervor. Rund 400 000 Arbeiter und Bauern nahmen an den Kursen der in den letzten zwölf Monaten in allen Teilen des Landes entstandenen Zentren der Erziehung teil, die ein technisches Minimum vermitteln. Seit dem Sieg der Revolution hat sich die Zahl der Grundschulräume von 17 000 auf 35 000 verdoppelt. Während 1956 rund 15 000 Kinder die sechsklassige Grundschule beendeten, waren es im Juli dieses Jahres mehr als 75 000. Die Zahl der Oberschüler hat sich im Vergleich zur Bittzeit fast verdreifacht. 1956 besuchten 33 000 Jugendliche technische und Oberschulen, in diesem Jahr sind es 142 500.

Sowjetische Studenten spendeten Traktor für Kuba

Einen Tagesverdienst für einen Traktor für Kuba wollen die Studenten der Moskauer technischen Baumann-Hochschule spenden. Die Studenten arbeiten gegenwärtig in Neulandgebieten. Die Initiative der Moskauer wurde von den Studenten anderer Hochschulen aufgegriffen und unterstützt.

Universitätszeitung, Nr. 35, 9. 8. 1962, S. 6